

ZDS zum 6. Hafenentwicklungsdialog: Wettbewerbssituation deutscher Seehäfen stärken

Die Verkehrs- und Hafenpolitik von Bund und Länder muss die Wettbewerbssituation der deutschen Hafenwirtschaft weiter verbessern, forderte der ZDS anlässlich des 6. Hafenentwicklungsdialogs, der heute in Bremen stattfand. Ordnungspolitisch verursachte Wettbewerbsnachteile müssten noch zielstrebig abgebaut werden.

Dafür erforderlich seien die konsequente Umsetzung des Bundesverkehrswegeplans und des Nationalen Hafenkonzepts, die Aufstockung der Personalkapazitäten in den Verwaltungen und insbesondere die Beschleunigung von planungs- und umweltrechtlichen Verfahren. Insbesondere müssten das Erhebungsverfahren zur Einfuhrumsatzsteuer geändert und die EEG-Umlage für Landstrom abgesenkt werden.

Frank Dreeke, Präsident des Zentralverbandes der deutschen Seehafenbetriebe e.V. (ZDS) sagte: „Der Hafenentwicklungsdialog zeigt auf, wo hafenpolitischer Handlungsbedarf besteht: bei der Digitalisierung, bei der Beschleunigung von Planungsverfahren, bei der Absenkung der EEG-Umlage für sauberere Luft. Gemeinsam müssen wir Wettbewerbsnachteile wie die Einfuhrumsatzsteuer anpacken, mit denen die europäische Hafenkonkurrenz bei der Kundschaft punktet. Mit noch besserer Hafenpolitik könnten deutsche Seehafenbetriebe mehr Ladung umschlagen und damit mehr Arbeit schaffen.“

Der Hafenentwicklungsdialog bringt die für Häfen zuständigen Minister und Senatoren der Küstenländer sowie hochrangige Vertreter der Bundesministerien für Wirtschaft und für Verkehr und der Hafenwirtschaft für einen Gedankenaustausch zusammen.

Schwerpunkthemen des diesjährigen Treffens waren die Digitalisierung der maritimen Logistik, die Nutzung von LNG als Treibstoff von Schiffen sowie die Erwartungen der Hafenwirtschaft in der neuen Legislaturperiode des Bundestages.